

# Sehnsucht nach dem besseren Leben

Die Zuwanderung ins Oberbergische nach 1945  
(Auszug aus dem Katalog: Ankommen. Zuwanderung  
ins Oberbergische nach 1945)

## Hilfsarmee des Wachstums

Während der Zuzug der Siebenbürger von politischer Seite mit großer Aufmerksamkeit gefördert und offiziell gefeiert wurde, spielte sich die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte eher abseits der großen Öffentlichkeit ab. Obwohl deren Bedeutung hoch eingeschätzt wurde, wie der Jahresbericht 1962 der Kölner Industrie- und Handelskammer verdeutlichte: 1959 waren im Kammerbezirk 12.000 „Gastarbeiter“ beschäftigt, Ende September 1962 waren es mehr als 42.000. „Die Kräfte wurden von der Wirtschaft dringend benötigt, weil ohne sie die weitere Expansion in unserem Raum nicht möglich gewesen wäre“, erklärte der Bericht.<sup>i</sup> Auch oberbergische Firmen beschäftigten seit Mitte der 50er-Jahre zunehmend ausländische Arbeitskräfte, darunter eines der damals größten Unternehmen der Region, der Automobilzulieferer Dr. Hermann E. Müller in Bergneustadt. „Jetzt fangen wir sie mit dem Lasso ein“, soll Firmenchef Müller Anfang der 60er-Jahre gesagt haben.<sup>ii</sup> Denn inzwischen hatte die Bundesrepublik mit weiteren Staaten Anwerbeverträge abgeschlossen: im März 1960 mit Griechenland und Spanien, mit der Türkei am 30. Oktober 1961. Verträge mit Portugal und Jugoslawien folgten im März 1964 beziehungsweise Oktober 1968. Großes Lob erhielt Hermann E. Müller für den Bau eines firmeneigenen Ausländerwohnheims 1961/62, sechs Stockwerke hoch, mit Platz für 220 Betten. Die meisten der damaligen Gastarbeiter lebten in bescheideneren Unterkünften, der Großteil in Bergneustadt und Gummersbach, viele in Baracken. Insgesamt hatten 1960 nur 0,85 Prozent der Kreisbevölkerung keine deutsche Staatsangehörigkeit, 1965 waren es bereits 3,37 Prozent, bis 1971 stieg der Wert auf 6,7 Prozent.<sup>iii</sup>

Zunächst ging es den ausländischen Arbeitskräften nicht um höherwertiges Wohnen; anfangs stand für sie im Mittelpunkt, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Geld zu verdienen und nach drei bis vier Jahren in ihre Heimat zurückzukehren. Doch schon 1965, als die Kreisverwaltung fast 4000 Ausländer in Oberberg zählte, zeichnete sich ein Trend zur Einwanderung ab: „Immer häufiger lassen die Gastarbeiter ihre Frauen, oft die ganze Familie, nachkommen und in zunehmendem Maße wird erkennbar, dass viele den Wunsch haben, für dauernd hier zu bleiben“, schrieb das Kreisblatt.<sup>iv</sup> Vor allem Griechen, Italiener und Spanier waren registriert. Zur sozialen Begleitung der Gastarbeiter unterstützte das Arbeitsamt die Einrichtung von

„Betreuungszentren“ in Bergneustadt und Wipperfürth, förderte den Bau von Wohnheimen und bezahlte Sprachlehrgänge. „Die Arbeitsverwaltung ist daran interessiert, dass ihr Vermittlungserfolg in die Bundesrepublik durch ein Gefühl der menschlichen und sozialen Geborgenheit nachhaltig gesichert wird“, lautete die ökonomisch motivierte Begründung.<sup>v</sup> Nach und nach wurden die Ausländer Teil des öffentlichen Lebens. Als 1964 der Stadtjugendring Bergneustadt einen „bunten Abend“ veranstaltete, waren auch Griechen und Spanier mit Programmbeiträgen vertreten: „Der für einen Spanier typische harte Tenor eines Sängers durchdrang den Saal bis in die äußerste Ecke.“<sup>vi</sup> Veränderungen gab es auch im oberbergischen Einzelhandel und in der Gastronomie: Geschäfte stellten sich auf den „Geschmack von Peppino, Philippo oder Juan“ ein, die „hausbackene deutsche Köchin“ lernte Olivenöl, Paprika und Peperoni kennen, Händler empfahlen griechischen Wein, „der nach Harz schmeckt, spanische und griechische Liköre, Anisgetränke von eigenartigem Geschmack“. Mit Folgen: „Die deutschen Kunden sieht man mehr denn je aus den Regalen wählen, vor denen die kleinen dunklen Damen und Herren stehen“, schrieb die OVZ.<sup>vii</sup> Zudem öffneten Italiener, Spanier, Griechen und Jugoslawen ihre Lokale – wie die „Balkanstube“ in Waldbröl mit der für damalige deutsche Verhältnisse fast undenkbareren Möglichkeit, bis 1 Uhr nachts warmes Essen zu bekommen.<sup>viii</sup> Selbst an Kiosken wandelte sich laut Heimatpresse das Bild: „Stetig, wie der Zustrom neuer Arbeitskräfte aus den Mittelmeerländern, wächst auch die Zahl ausländischer Zeitungen im Handel. ... Jeden Morgen erscheinen Dutzende dunkelhäutiger, schwarzgelockerter Söhne des Südens in den einschlägigen Fachgeschäften oder an den Bahnhofskiosken, um sich für ein paar Groschen in ihrer Landessprache über Neuigkeiten zu informieren.“<sup>ix</sup>

### Krise mit Folgen

Doch der angesprochene „stetige Zustrom“ sollte Mitte des Jahrzehnts vorübergehend abreißen: In den Jahren 1966/67 verunsicherte die erste Wirtschaftskrise die Bundesrepublik. Im Oberbergischen beunruhigten ungewohnte Zeitungsmeldungen die Menschen: War es bislang immer rasant bergauf gegangen, kündigte wie ein düsterer Vorbote die Gummersbacher Firma Steinmüller im Februar 1966 die Entlassung von 250 Mitarbeitern an. 1967 prägten Kurzarbeit, Betriebsverlagerungen und Betriebsstilllegungen die Diskussion bundesweit wie im Oberbergischen, wo die Pleite des namhaften Haushaltsgeräteherstellers „Alaska“ in Bergneustadt die größte Aufmerksamkeit hervorrief. Am 10. August 1967 hatte die Firma, die unter anderem für das Versandhaus Quelle produzierte, allen Mitarbeitern gekündigt: 1000 Arbeitsplätze gingen verloren. Unter den ersten

350 Entlassenen waren 173 Gastarbeiter. Als einige nicht ihren vollen Restlohn erhalten sollten, kam es zu einem Zwischenfall: „Eine Lohnbuchhalterin erschrak zu Tode, als ein ausländischer Arbeiter versuchte, die Tür zum verriegelten Lohnbüro einzutreten. Sie zückte eine Spielzeugpistole, deren Anblick die empörten Gemüter noch mehr in Wallung brachte“, berichtete die OVZ. Polizei musste die Lage beruhigen.<sup>x</sup> Dieses sicher nicht alltägliche Beispiel zeigte, wie existenziell Gastarbeiter auf ihren Verdienst angewiesen waren.

Viele der betroffenen Ausländer kehrten angesichts der wirtschaftlichen Lage offenbar früher als geplant in ihre Heimat zurück, neue Kräfte wurden nicht angefordert. Mit 4568 ausländischen Beschäftigten im Juni 1966 war der vorläufige Höhepunkt erreicht; ein Jahr später waren noch 3625 Gastarbeiter im Kreis.<sup>xi</sup> Hatten die hiesigen Dienststellen des Arbeitsamts 1966 etwa 43 Prozent der Arbeitsstellen an „nichtdeutsche Arbeitskräfte“ vermittelt, waren es in den ersten sieben Monaten 1967 nur noch 17 Prozent<sup>xii</sup>. Doch schon 1968 stieg die Zahl der Gastarbeiter zwischen März und September um 7,8 Prozent auf 3231, um danach rapide in die Höhe zu schnellen: Ende September 1971 waren rund 6600 Ausländer im Kreis beschäftigt, die meisten aus Griechenland (1725), Italien (1366) und Jugoslawien (1204). Insgesamt lebten zu diesem Zeitpunkt fast 10.300 Nichtdeutsche in Oberberg.<sup>xiii</sup> Bundesweit wurden allein zwischen 1968 und 1971 so viele Ausländer zusätzlich beschäftigt wie vorher in der Zeit bis 1968 insgesamt.<sup>xiv</sup>

Die Krise Mitte der Sechziger ließ allerdings etwas zutage treten, das zuvor eher unterschwellig zu spüren gewesen war: Fremdenfeindlichkeit. Ausländer gerieten unversehens zu Konkurrenten um Arbeitsplätze. Unter anderem mit ausländerfeindlichen Parolen feierte die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) plötzlich einen Wahlerfolg nach dem nächsten: Zwischen 1966 und 1968 zog sie in sieben Landtage ein. Bei der Bundestagswahl 1969 scheiterte sie bundesweit mit 4,3 Prozent knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Im oberbergischen Wahlkreis 65 lag die NPD durchschnittlich leicht darunter, kam aber beispielsweise in den Gemeinden Homburg (später Nümbrecht, 6,2 Prozent) und Reichshof (5,8 Prozent) auf deutlich höhere Werte.<sup>xv</sup>

Für offen zur Schau gestellte Ausländerfeindlichkeit im Oberbergischen gibt es kaum Belege. Episodenhaft wirken Berichte wie jener in der OVZ, nach dem im Herbst 1971 mehrere Fahrer der OVAG ausländische Schulkinder am Bergneustädter Hackenberg nicht in den Bus einsteigen ließen – während deutsche Fahrgäste Platz nehmen durften.<sup>xvi</sup> Doch schrieb das Kreisblatt 1971: „Ausländer haben nicht immer zu Unrecht das Gefühl, als Menschen zweiter Klasse angesehen zu werden.“<sup>xvii</sup> Zum Beispiel bei der Woh-

nungssuche: Viele deutsche Eigentümer waren nicht bereit, an Gastarbeiter und deren Familien zu vermieten. Und wenn eine Unterkunft gefunden wurde, mussten Ausländer in NRW „rund 31 % höhere Mieten für deutlich unter dem allgemeinen Wohnungsstandard liegende Wohnungen“ bezahlen, stellte eine Untersuchung des NRW-Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom August 1971 fest.<sup>xviii</sup> Da bildete Oberberg anscheinend keine Ausnahme. Denn im Bericht über eine Razzia Ende Mai 1971 hieß es in der OVZ: „Bei der Überprüfung der Gastarbeiterunterkünfte wurden die Polizeibeamten außerdem auf eine ganze Reihe von Fällen des Mietwuchers aufmerksam und stellten fest, dass zahlreiche Ausländer im Oberbergischen Kreis in menschenunwürdigen Unterkünften untergebracht sind.“<sup>xix</sup> 1971 lebten außerdem schon 1800 Kinder ausländischer Arbeitnehmer im Alter bis 15 Jahren im Kreis – die Tendenz zur Einwanderung war offensichtlich.<sup>xx</sup> Durch die längere Aufenthaltsdauer und den Familiennachzug musste die Infrastruktur, etwa Kindergärten und Schulen, an den Bevölkerungszuwachs angepasst werden. Oberbergische Volkshochschulen wie jene in Bergneustadt erweiterten ihre Programme um Deutschkurse auch für Türken und Griechen.<sup>xxi</sup> Die – volkswirtschaftlich betrachteten – Vorteile der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte traten immer mehr hinter die Nachteile zurück. Die Politik entschloss sich daher zum Kurswechsel und nutzte die Ölkrise 1973 und den damit verbundenen Konjunkturinbruch, um am 23. November des Jahres den „Anwerbestopp“ zu verkünden. Somit durften aus Nicht-EG-Ländern nur noch die Familienangehörigen der Gastarbeiter einreisen. Dadurch sollte die Zahl der Ausländer mit der Zeit deutlich zurückgehen. Doch die Taktik ging nicht auf: Sowohl bundesweit als auch im Oberbergischen Kreis hielt die Zuwanderung an.<sup>xxii</sup>

---

<sup>i</sup> Industrie- und Handelskammer zu Köln: Jahresbericht 1962, S. 6

<sup>ii</sup> Monika und Michael Höhn: Fremde – zu Hause in Oberberg? Gummersbach 1992, S. 56

<sup>iii</sup> Archiv des Oberbergischen Kreises, Akte Nr. 4819

<sup>iv</sup> Kreisblatt Nr. 11 vom 1.5.1965

<sup>v</sup> OVZ vom 15.7.1964

<sup>vi</sup> OVZ vom 14.4.1964

<sup>vii</sup> OVZ vom 4.3.1966

<sup>viii</sup> OVZ vom 21.7.1966

<sup>ix</sup> OVZ vom 29.7.1966

<sup>x</sup> OVZ vom 22.7.1967

<sup>xi</sup> Kreisblatt Nr. 1 vom 29.12.1967

<sup>xii</sup> OVZ vom 29.8.1967

<sup>xiii</sup> Kreisblatt Nr. 12 vom 10.12.1971

<sup>xiv</sup> Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, Bonn 2003, S. 224

- 
- <sup>xv</sup> Oberbergischer Anzeiger (OA) vom 29.9.1969  
<sup>xvi</sup> OVZ vom 28.10.1971  
<sup>xvii</sup> Kreisblatt Nr. 12 vom 10.12.1971  
<sup>xviii</sup> ebenda  
<sup>xix</sup> OVZ vom 26.5.1971  
<sup>xx</sup> Kreisblatt Nr. 12 vom 10.12.1971  
<sup>xxi</sup> Kreisblatt Nr. 10 vom 5.10.1970  
<sup>xxii</sup> Herbert, a.a.O., S. 228 f.